

Misstände in Genfer Gefängnissen

Untersuchung Die Genfer Justiz setzt mutmassliche Kriminelle zu schnell und zu lange in Untersuchungshaft. Zu diesem Schluss kommt eine Expertengruppe. Das Kantonsparlament hatte sie mit der Untersuchung der Zustände im chronisch überbelegten Gefängnis Champ-Dollon beauftragt.

Neu im Inland

Letztes Jahr sassen im 270-plätzigem Gefängnis durchschnittlich 472 Personen ein. Grund für die Überbelegung ist nach Ansicht der Experten einerseits die ungenügende Zahl von Untersuchungsrichterinnen und Untersuchungsrichtern. Andererseits kritisieren sie auch die Haltung der Justiz. Die Gerichtsbehörden hätten den Hang, mutmassliche Täter zu rasch in Haft zu nehmen. Jede Woche sei nur ein einziger Richter für neue Fälle zuständig. Die Frist von acht Tagen, innerhalb derer über eine allfällige Haftverlängerung entschieden werden sollte, werde nicht respektiert.

Vorwurf der Geheimniskrämerei

Der Anklagekammer wird im Bericht Geheimniskrämerei vorgeworfen. Über Haftverlängerungen entscheide sie hinter verschlossenen Türen. Das Recht der Beschuldigten auf Anhörung werde oft missachtet. Diese Praktiken seien ebenfalls zu ändern; die Anhörungen müssten öffentlich sein. Im Palais de justice sei eine «Mentalitätsänderung» vonnöten.

Übermässige Polizeigewalt

Die Experten legen gleichzeitig den Finger auf die «überbordende Polizeigewalt». Bei Verhaftungen und Verhören komme es immer wieder zu übermässiger Gewaltanwendung. 30 Prozent der befragten 125 Häftlinge hätten sich über schlechte körperliche Behandlung geklagt. Bei 14 Betroffenen habe der Arzt Verletzungen festgestellt. Einem Minderjährigen solle während der Befragung der Kopf mehrmals unter Wasser gehalten worden sein. Drei Personen hätten sich darüber beklagt, Polizeibeamte hätten ihnen Geld oder das Handy gestohlen. Es handle sich hier offenbar nicht um Einzelfälle, wie einige Beamte zu verstehen gegeben hätten.

Die Experten schlagen vor, den Häftlingen die Inanspruchnahme eines Anwalts oder eines Arztes sofort nach der Inhaftierung zu erleichtern. Die Polizeidienste müssten durch eine eigentliche Kontrollinstanz überwacht werden. (sda)

Der Bund [19.04.07]

[Die Rechtshilfe, profem](#)

Professionelle Hilfe bei Trennung, Scheidung,
Alimentenberechnung u.ä

www.profemine.ch

[Heimarbeit bis 3900.- €](#)

Von Zuhause aus arbeiten Freie Zeiteinteilung.
Affil

www.202050.com

